

DATEN & FAKTEN



SOZIALSTAAT ALS SCHUTZSCHILD GEGEN CORONA-KRISE

Kosten der Krise dürfen nicht den
Beschäftigten aufgebürdet werden

Stand: Mai 2020

INHALT

FAIRE VERTEILUNG DER KRISENKOSTEN	3
EU – SOLIDARISCH IN DER KRISE	5
BUDGET UND SCHULDEN	7
KRISENANKER SOZIALSTAAT	8
OBERÖSTERREICHS SPITÄLER: KÜRZUNGSKURS BEENDEN!	9
RÜCKLAGEN DER GKK IN OBERÖSTERREICH INVESTIEREN	10
ÖFFENTLICHE PFLEGE MASSIV AUSBAUEN!	10
SOZIALE WOHNUNGSOFFENSIVE	12
AUSBAU DES ÖFFENTLICHEN VERKEHRS	13
ARBEITSLOSENVERSICHERUNG SCHÜTZT	14
IMPRESSUM	16

FAIRE VERTEILUNG DER

KRISENKOSTEN

Es ist entscheidend, dass der Staat nicht in die Krise hineinspart, sondern zusätzliche Mittel zum Abbau der Arbeitslosigkeit und zur Belebung der Konjunktur in die Hand nimmt. Dabei stellt sich die Frage, wie die Staatsfinanzierung in den nächsten Jahren fair gestaltet werden kann.

Bedingungen für Staatshilfen

Wenn in der Krise ein Unternehmen Staatshilfe in Anspruch nimmt, muss sichergestellt sein, dass diese nicht für Millionen-Gagen und Milliarden-Gewinnausschüttungen missbraucht wird. Wer Mitarbeiter/-innen kündigt, statt das Kurzarbeitsmodell zu nutzen, darf keine Staatshilfe bekommen.

JA zur Erhaltung von Arbeitsplätzen und Unternehmen!

NEIN zu Gewinnausschüttungen, Aktienrückkäufen und Bonuszahlungen!

Rekordgewinne und -dividenden

Viele Unternehmen haben in den letzten Jahren sehr hohe Gewinne erzielt. Anstatt daraus Rücklagen zu bilden, haben sich Unternehmenseigner/-innen aber mit üppigen Dividenden und Aktienrückkäufen verwöhnt. Allein die zwanzig wichtigsten an der Wiener Börse notierten Unternehmen erreichten im Jahr 2018 einen Gewinn von über acht Milliarden Euro! Sie schütteten davon mehr als drei Milliarden Euro als Dividenden an ihre Aktionäre/-innen aus. Die Gewinne des Jahres 2019 und die daraus ursprünglich im Jahr 2020 geplanten Ausschüttungen waren noch höher.

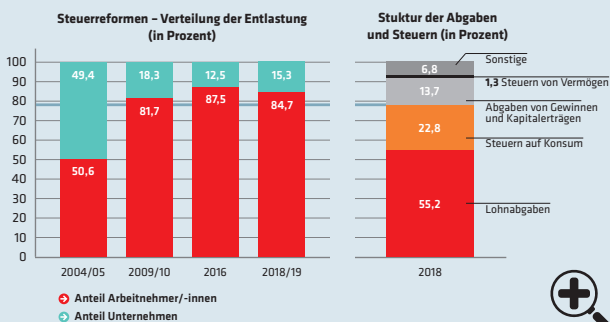
Strengere Regeln auch für Banken

Durch den teilweisen Stillstand der Wirtschaft kann sich auch für die Kreditwirtschaft rasch eine Existenzbedrohung ergeben. Deshalb sollten sich die Banken dazu verpflichten, in den nächsten Jahren keine Mittel für Dividenden und Aktienrückkäufe abfließen zu lassen. Unternehmen und Banken sollten zudem Bonuszahlungen aussetzen und hohe Managergehälter drastisch kürzen.

Faire Steuerreform

Österreichs Wirtschaft leidet unter einer zu hohen Besteuerung der Arbeitnehmer/-innen, während Vermögen – auch im internationalen Vergleich – viel zu gering besteuert ist. Die OECD, der Internationale Währungsfonds und der Europäische Rat haben der Regierung bereits mehrmals empfohlen, die Steuern auf Arbeit zu senken und die Steuern auf Vermögen und Unternehmensgewinne zu erhöhen.

EINE STEUERREFORM FÜR ARBEITNEHMER/-INNEN, NICHT FÜR KONZERNE!



AK Grafik. Quelle Steuerreformen: ASW Blog; Berechnungen auf Basis WIFO. Von jeder Tarifsenkung werden 10 % den Selbstständigen zugerechnet. Quelle Steuer-Struktur: AK ÖÖ; Berechnungen auf Basis Statistik Austria; sonstig beinhaltet nicht aufteilbare Verbrauchssteuern o.ä. Stand: März 2020

Insgesamt zahlen Arbeitnehmer/-innen und Konsumenten/-innen achtzig Prozent aller Steuereinnahmen Österreichs! Sie sollten daher auch etwa 80 Prozent aller Entlastungen im Rahmen von Steuerreformen erhalten. Zudem sollte die seit mehr als dreißig Jahren unveränderte Werbungskostenpauschale erhöht und ein „Wohnbonus“ für kleine und mittlere Einkommen eingeführt werden.

Arbeit entlasten

Die ohnehin hochbelasteten Arbeitnehmer/-innen dürfen für die Kosten der Corona-Krise nicht zusätzlich zur Kasse gebeten werden. Im Gegenteil: Die seit 2016 entstandene kalte Progression bei der Versteuerung der Löhne und Gehälter muss ausgeglichen werden, um damit die Kaufkraft zu stärken. Die angekündigte Senkung der ersten drei Tarifstufen der Lohn- und Einkommenssteuer

sollte deshalb schon für 2021 gelten und in einem Schritt kommen.

Höhere Steuern für Konzerne und Reiche

Der Vermögensreichtum ist in Österreich besonders ungleich verteilt. Erbschaften stellen dafür eine wichtige Ursache dar. Eine Steuer für Millionen-Vermögen und hohe Erbschaften, mit niedrigen, gestaffelten Steuersätzen verteilt das Steuer-Aufkommen gerechter und beteiligt auch die Reichsten an den Corona-Kosten. Wichtig: Diese Erbschaftssteuer muss auch für Privatstiftungen gelten.

Keine Steuer-geschenke für die Reichsten!

Krisenkosten fair verteilen

Angesichts des Regierungsprogramms von Türkis-Grün fordert die AK Oberösterreich, dass die Körperschaftssteuer auf Unternehmensgewinne nicht gesenkt und dass Kursgewinne bei Wertpapieren nicht steuerbefreit werden. Um international mehr Verteilungsgerechtigkeit zu schaffen, sind eine echte Finanztransaktionssteuer und Vermögenssteuern für Reiche in allen EU-Staaten unbedingt erforderlich. Ein schädlicher Wettlauf nach unten bei der Besteuerung von Unternehmen reißt große Lücken in öffentliche Haushalte. Daher muss aggressive Steuer-Vermeidung EU-weit wirksam bekämpft werden.

Steuer-gerechtigkeit auch international!

EU - SOLIDARISCH IN DER KRISE

Während der EU oft vorgeworfen wird, dass sie nicht genug gegen die Krise unternimmt, sind ihre Bemühungen durchaus vielfältig. Sie betreffen etwa die Beschaffung von medizinischer Ausrüstung, die Bereitstellung von Forschungsmitteln für Impfstoffe, die Lockerung der Regeln für öffentliche Beihilfen sowie die Erhaltung des freien Warenverkehrs etwa für Gesundheitsbedarf und Lebensmittel.

Auch wurden die starren Defizit- und Schuldenregeln des Stabilitäts- und Wachstumspakts (SWP) aufgehoben, sodass die Mitgliedsstaaten in der Krise den notwendigen finanziel-

Mehr Spielraum im Staatsbudget

len Spielraum haben. Damit die Zinsen auf Staatsanleihen nicht eskalieren, wurde von der Europäischen Zentralbank (EZB) das Programm „PEPP“ (Pandemic Emergency Purchase Programme) zum indirekten Kauf von Anleihen in Höhe von 750 Milliarden Euro ausgerufen.

Finanzierung der
Kurzarbeit

Ein weiterer positiver Schritt ist ein Krisen-Hilfspaket, auf das sich die Euro-Staaten am 9. April 2020 geeinigt haben. Es besteht aus günstigen Krediten: erstens für Unternehmen (200 Mrd. Euro) über die Europäische Investitionsbank (EIB) und zweitens für Staaten (240 Mrd. Euro) aus dem Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM), vorgesehen für Gesundheitsausgaben und angeblich ohne unsoziale Bedingungen. Drittens gibt es im Rahmen des SURE-Programms Unterstützung für Kurzarbeit (100 Mrd. Euro). Auch ein Fonds für Wiederaufbau wurde in Aussicht gestellt. Dessen Finanzierung muss aber erst geklärt werden.

Neuorientierung der Wirtschaftspolitik

Keine Einschränkung notwendiger Staatsausgaben, nie wieder Kürzungs- und Austeritätspolitik!

Sollten sich die Mittel für Initiativen wie zum Beispiel SURE als zu gering erweisen, müssen sie rasch erhöht werden. Für einen solidarischen Neustart braucht es ein EU-weites Konjunkturprogramm. Der Fonds für den Wiederaufbau muss ausreichend dotiert sein. Auch langfristige Ausgaben für dringende öffentliche Investitionen zur Eindämmung der Klimakrise oder für das Gesundheitswesen sind von engen Budgetdefizitregeln auszunehmen.

Goldene
Investitionsregel

Gemeinsame Anhebung von Standards

Soziale und ökologische Standards dürfen nicht vernachlässigt werden. Sie sollen in verbindliche Rechte gegossen werden. Ein aktuell wichtiges Projekt ist die Europäische Arbeitslosenrückversicherung, gekoppelt an gemeinsame Standards für die nationalen Arbeitslosenversicherungen.

BUDGET UND SCHULDEN

Jedenfalls muss der Finanzsektor krisenfest gemacht werden, damit im Notfall Wirtschaftskrisen nicht verstärkt, sondern abgefangen werden. Mit gemeinsamen Staatsanleihen wie den „Corona-Bonds“ würde die Macht der Finanzmärkte über die Politik deutlich geringer – daher sind sie wohl so umstritten. Sinnvoll sind auch Maßnahmen wie ein Verbot bestimmter Finanzinstrumente, das Aussetzen der Börse, Zinssenkungen durch die EZB bis in den Minusbereich oder der Kauf von Anleihen durch die EZB direkt bei Staaten und nicht über die Finanzmärkte. Denn: „Dass der Staat am Ende einen großen Schuldenberg haben wird, ist dabei das geringste Problem, weil er sich nicht von den Finanzmärkten terrorisieren lassen muss, sondern als Eigentümer der Zentralbank diesen Märkten die Zinsen seinerseits diktieren kann.“ (Friedericke Spiecker, Ökonomin).

Krisenfester Finanzsektor!

„Corona-Bonds“ sind sinnvoll.

Der frühere IWF-Chefökonom Maurice Obstfeld hat empfohlen: „Der große Vorteil einer Zentralbank in Krisen wie dieser ist es, dass sie Geld drucken und unter die Leute bringen kann. Das ist ein machtvolles Instrument, und man sollte auch bereit sein, es einzusetzen.“ Das gilt im Prinzip auch für die Eurozone, denn die einzelnen Euro-Staaten sind eigentlich die „Herren“ ihrer gemeinsamen Europäischen Zentralbank (EZB). Dass die EZB über Geld verfügt, ohne dass sie es sich bei jemandem vorher leihen oder gar Steuern eintreiben muss, zeigen ihre umfassenden Anleihekaufprogramme.

Staaten sind nicht abhängig vom Finanzmarkt.

Die Behauptung, dass die jetzige Anti-Krisenpolitik nur finanzierbar sei, weil vorher gespart wurde, ist absurd. Die jetzt notwendigen Kredite hätte der Staat auch ohne Probleme aufnehmen können, wenn er vorher keinen ausgeglichenen Haushalt erzielt, sondern sich

Ohne vorheriges „Sparen“ stünden die Staaten heute besser da.

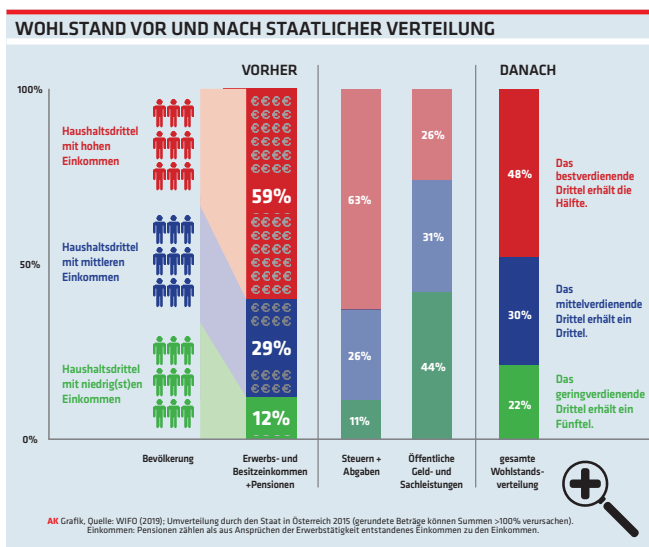
für sinnvolle Investitionen in Spitäler und die Digitalisierung von Schulen verschuldet hätte. Dann wäre vieles sogar besser gelaufen.

KRISENANKER SOZIALSTAAT

Nur der Sozialstaat ermöglicht Solidarität.

Sozialstaat schafft Ausgleich.

Durch den Sozialstaat werden soziale Risiken wie Alter, Arbeitslosigkeit, Krankheit, Invalidität oder Arbeitsunfälle abgedeckt. Sicherheit und Stabilität in der wirtschaftlichen oder Gesundheitskrise bietet nur der Sozialstaat. Österreichs Wohlstand wird durch Staatsausgaben ausgeglichener verteilt:



Einkommensschwache Haushalte können ihren geringen Anteil am Gesamteinkommen etwa verdoppeln.

Ohne Sozialstaat bezieht das Haushaltsdrittel mit den niedrigen Einkommen nur zwölf Prozent aller Einkommen („Markteinkommen“ wie Brutto-Löhne, Gewinne, Mieterträge, Zinsen, Dividenden sowie aus Erwerbstätigkeit entstandenes Pensionseinkommen). Nach der Einhebung von Steuern und der Nutzung von sozialstaatlichen Ausgaben erhöht sich der Anteil auf mehr als ein Fünftel (22 Prozent) der gesamten Einkommen – inklusive sozialer Sachleistungen wie Kinderbetreuung.

Der Anteil des mittleren Gesellschaftsdrittels mit im Endeffekt 30 Prozent bleibt etwa gleich. Beim Drittel mit den hohen Einkommen gibt es einen Rückgang von 59 auf 48 Prozent.

Die „Mitte“ bleibt etwa gleich. Für Einkommensstarke gibt es etwas weniger.

Das Steuer- und Abgabensystem wirkt kaum umverteilend, weil die Steuer- und Abgabenleistung (Lohnsteuer, Mehrwertsteuer usw.) insgesamt nicht mit dem Einkommen steigt, sondern immer annähernd dem jeweiligen Einkommensanteil entspricht. Erst die Ausgaben wirken umverteilend: Das geringverdienende Drittel nimmt 44 Prozent aller Geld- und Sachleistungen in Anspruch, die Mitte etwa ein Drittel, und das bestverdienende Drittel erhält etwa ein Viertel.

OBERÖSTERREICHS SPITÄLER: KÜRZUNGSKURS BEENDEN!

Mit der oberösterreichischen Spitalsreform wurden von 2009 bis 2017 bereits mehr als 700 Akutbetten gestrichen. Betten, die bei drohenden Kapazitätsengpässen dringend benötigt werden könnten, wie die Corona-Pandemie zeigt. In Oberösterreich waren Anfang April 2020 fast 1.700 Personen am Corona-Virus erkrankt. Davon mussten laut Innenministerium rund zehn Prozent im Spital behandelt werden. Der Regionale Strukturplan Oberösterreich aber sieht vor, dass – ausgehend vom Jahr 2017 – bis 2025 insgesamt 174 Spitalbetten abgebaut werden! Bis 2025 werden zusätzlich 734 Betten in sogenannte Wochenbetten, die nur von Montag bis Freitag zur Verfügung stehen, umgewandelt.

Im letzten Jahrzehnt mehr als 700 Akutbetten gestrichen!

Wegen der beschränkten Kapazitäten wurden in Oberösterreichs Spitälern in der Krise keine geplanten Operationen durchgeführt, um die Betten für Corona frei zu halten. Nach den letztverfügbaren Daten mussten beispielsweise Patienten/-innen im Bezirk Ried im Innkreis vor der Krise 20 Wochen auf eine Graue-Star-Operation warten. Durch den

aktuellen Aufnahmestopp wird diese Wartezeit noch einmal deutlich länger werden.

RÜCKLAGEN DER GKK

IN OBERÖSTERREICH INVESTIEREN

300 Millionen Rücklagen der OÖ. Krankenversicherung stehen nicht mehr zu zur Verfügung!

Die OÖ. Gebietskrankenkasse (GKK) konnte mit den Beitragseinnahmen ihrer Versicherten bis Ende 2018 Rücklagen in der Höhe von mehr als 300 Millionen Euro bilden. Durch die türkis-blaue Regierung gibt es seit Anfang 2020 die Österreichische Gesundheitskasse (ÖGK). Jetzt entscheidet die Zentrale in Wien über die Verwendung dieser Rücklagen. Geld, das in Oberösterreich dringend benötigt wird. Den Forderungen der Landespolitik, darunter von Landeshauptmann Thomas Stelzer, dass die Rücklagen aus der Zeit der OÖ. Gebietskrankenkasse in Oberösterreich investiert werden sollen, müssen rasch Taten folgen!

Infolge der Corona-Krise waren in Oberösterreich bereits im März 2020 allein im Gesundheits- und Sozialbereich 3.260 Personen arbeitslos gemeldet. Mit den Rücklagen, die die OÖ. Gebietskrankenkasse hatte, könnten jetzt dringende Investitionen in die Mobilen Dienste sowie in das Pflegepersonal in den Spitälern finanziert werden. Ein noch nie dagewesenes Beschäftigungsprogramm im öffentlichen Gesundheitswesen ist möglich.

ÖFFENTLICHE PFLEGE

MASSIV AUSBAUEN!

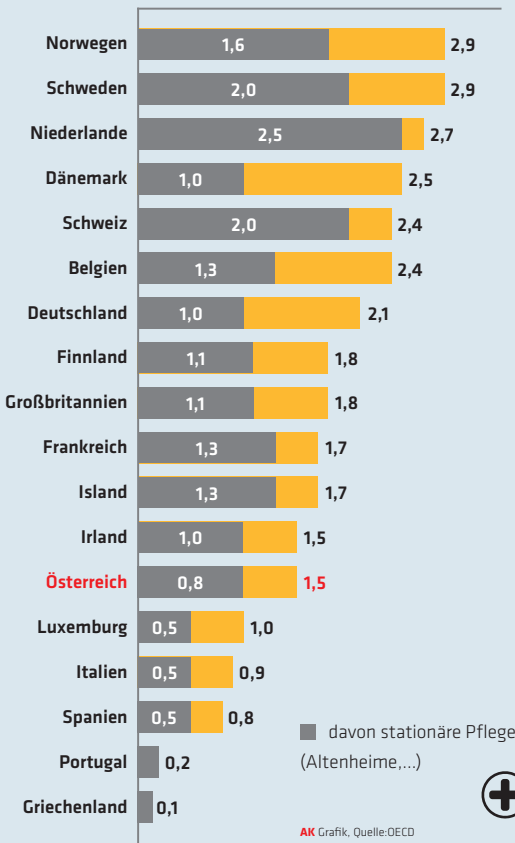
Derzeit wird ein Großteil der Pflege betreuungsbedürftiger Menschen von Angehörigen zu Hause geleistet. Diese wertvolle Arbeit verdient nicht nur Anerkennung, sondern auch Unterstützung in Form von staatlichen Tageszentren und „mobilen“, professionellen Pflegekräften. Es braucht auch eine Koordinierungsstelle, die maßgeschneiderte Lösungen (bezüglich Geld- und Sachleistungen) für Familien entwickelt.

Wenn es daheim nicht mehr geht, müssen Betroffene sicher sein können, dass sie zeitnah einen Platz im Seniorenzentrum erhalten. Niemand soll Sorge haben, allein gelassen zu werden.

Weil in den nächsten Jahren die Zahl pflegebedürftiger Personen massiv steigen wird, ist dafür ein umfangreicher Ausbau der staatlichen Pflegeeinrichtungen erforderlich. Der Staat gibt viel zu wenig Geld für Pflege und Betreuung älterer Menschen aus. Das zeigt auch der internationale Vergleich.

Österreich hinkt nach.

AUSGABEN FÜR LANGZEITPFLEGE 2017 IN PROZENT DES BRUTTOINLANDSPRODUKTS



AK Grafik, Quelle:OECD



SOZIALE WOHNUNGSOFFENSIVE

Die Corona-Krise macht Schwierigkeiten durch beengten Wohnraum sichtbar. Und wegen des Verdienstaufschlags können viele Menschen ihre Mietkosten nicht mehr bewältigen. Die bereits beschlossenen Akut-Maßnahmen gehen in die richtige Richtung: Es soll zu keinen Strom- und Gasabschaltungen aufgrund von krisenbedingtem Zahlungsverzug kommen. Und wegen Zahlungsrückständen bei der Miete darf kein Mietvertrag gekündigt werden (von 1. April bis 30. Juni 2020). Allerdings müssen die Betroffenen die finanzielle Abwicklung individuell klären, etwa in Form eines Zahlungsaufschubs oder Ratenplans.

Soziale Lösung
für Mietschulden
erforderlich

Doch können dabei bis zu vier Prozent Verzugszinsen verlangt werden, was für viele zu einer nicht bewältigbaren finanziellen Belastung werden kann. Daher sollte die Stundung zumindest zinsfrei sein. In Härtefällen ist aber auch ein völliger Mietverzicht gerechtfertigt, damit einkommensschwache Mieter/-innen nicht mit einem Mietschuldenberg zu kämpfen haben, der über die Monate ansteigt.

Leistbares
Wohnen muss
politische
Priorität
bekommen!

Im nächsten Schritt muss die Schaffung von leistbarem Wohnraum politische Priorität bekommen. Der Anteil an günstigen Mietwohnungen beträgt in Oberösterreich nur 7,1 Prozent des Gesamtwohnraums. In Wien sind es 19,7 Prozent. Im Rahmen eines bundesweiten Konjunkturpakets muss das Angebot an leistbarem Wohnraum deutlich ausgeweitet werden, damit das Grundbedürfnis Wohnen für alle leistbar ist. Auch in Oberösterreich ist die Wohnbauförderung stärker auf den Neubau von Mietwohnungen durch gemeinnützige Bauträger auszurichten.

AUSBAU DES ÖFFENTLICHEN

VERKEHRS

Wegen Kurzarbeit und Home-Office konnten viele Berufspendler/-innen ihre Jahreskarten nicht nutzen (auch nicht im Freizeitverkehr). Daher braucht es sofort eine Entschädigung, etwa durch eine Verlängerung der Gültigkeitsdauer. Die Corona-Krise hat zu einem enormen Anstieg der Arbeitslosigkeit geführt. Die Stärkung von Bus und Bahn ist hochwirksamer Klimaschutz, schafft viele Arbeitsplätze und kann jährlich bundesweit hunderte Verkehrstote sowie tausende Verletzte vermeiden helfen. Volkswirtschaftlich betrachtet gibt es keine besseren Investitionen als jene in den öffentlichen Verkehr (ÖV). Es reicht nicht, den Status Quo zu erhalten. Gerade nach der Krise mit einem Fahrgastschwund von bis zu 80 Prozent braucht es eine „Wiederbelebung“ des ÖV.

Rückerstattung bei Jahreskarten

Öffentlichen Verkehr wiederbeleben!

In Oberösterreich sollten folgende Projekte so rasch wie möglich realisiert werden:

- ▶ Halbstundentakt im Nah- und Regionalverkehr auf allen Schienenachsen nach Linz, Wels und Attnang
- ▶ zweite Straßenbahnachse und Stadtseilbahn in Linz
- ▶ Regionalbahn Linz-Pregarten
- ▶ Ausbau des bedarfsorientierten, flexiblen, fahrbahnunabhängigen „Mikro-ÖV“ für dünnbesiedelte Regionen (z.B. Sammeltaxis, kleine Rufbusse) mit Unterstützung durch das Land Oberösterreich

Es gilt, einen Mindestqualitäts- und Mindestbedienungs-Standard zu definieren und umzusetzen. Öffentliche Verkehrsmittel sollen in jeder Gemeinde täglich mindestens 64 Mal halten (32 je Richtung und ÖV-Linie). Damit kann eine ausreichende Mobilität für alle gewährleistet werden.

Mobilität für alle Menschen (auch ohne Auto) – Beitrag zu individueller Freiheit!

ARBEITSLOSENVERSICHERUNG

SCHÜTZT

April 2020:
571.500
Arbeitslose in
Österreich,
davon 65.800 in
Oberösterreich
- ein historischer
Rekordwert!

Mit Ausbruch der Corona-Krise Mitte März 2020 kam es bedingt durch den „Shutdown“ der Regierung zu einem massiven Schock und einer horrenden Zunahme an arbeitslosen Menschen. Viele Arbeitsplätze konnten durch die neue Corona-Kurzarbeit der Sozialpartner erhalten werden. Tausende Arbeitnehmer/-innen können dieses Modell aber nicht in Anspruch nehmen, weil sie gekündigt und zum AMS geschickt werden.

Niedriges Arbeitslosengeld

Mit den geringen
Leistungen ist
eine würdige
Existenzsicherung
kaum
möglich.

Im Schnitt betrug das Arbeitslosengeld in Oberösterreich im Jahr 2019 nur rund 980 Euro und die Notstandshilfe nur rund 825 Euro pro Monat (netto zwölfmal pro Jahr). Aktuell dürfte es nicht recht viel höher sein. Laut Statistik Austria weisen Menschen, die ein ganzes Jahr arbeitslos sind, das höchste Armutsrisiko auf (Armutsgefährdungsquote von mehr als 50 Prozent)! Aber auch wer bis zu fünf Monate arbeitslos ist, hat ein erhöhtes Risiko von rund 23 Prozent. In der Gesamtbevölkerung sind im Schnitt 14 Prozent armutsgefährdet.

Arbeitslosengeld-Erhöhung erforderlich

Nettoersatzrate
beim Arbeits-
losengeld auf 75
Prozent
erhöhen!

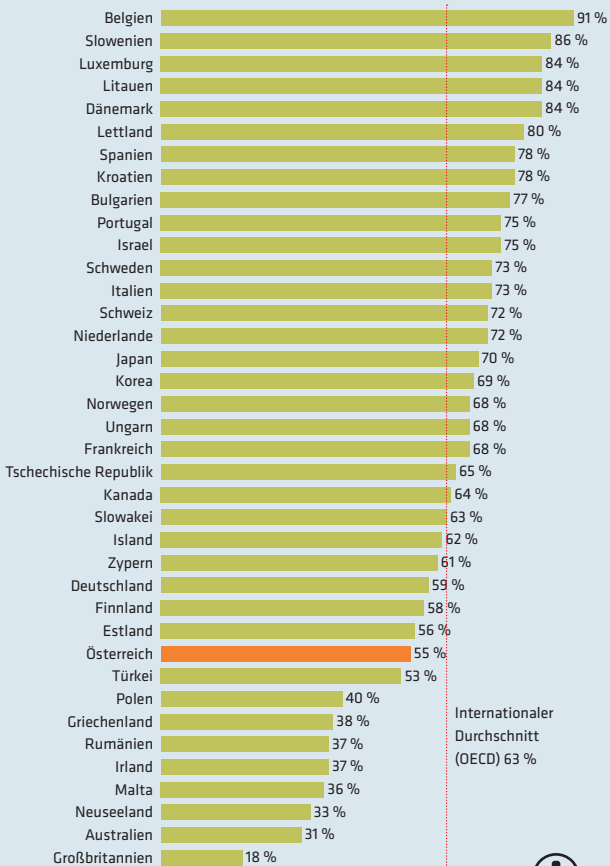
Gerade in der Krise zeigt sich die Notwendigkeit einer Verbesserung bei der Nettoersatzrate von 55 auf 75 Prozent. Dadurch entstünden aktuell beim Arbeitsmarktservice (AMS) bzw. der Arbeitslosenversicherung Kosten von geschätzt rund 200 Millionen Euro pro Monat (inklusive Sozialversicherungs-Beiträge), in Oberösterreich rund 24 Millionen Euro. Der Staat hat durch das höhere Arbeitslosengeld höhere Rückflüsse (Sozialversicherungs-Beiträge, Steuern durch mehr Konsum) von geschätzt rund 41 Millionen Euro. Die Selbstfinanzierung beträgt somit gut ein Fünftel (21 Prozent).

International hinkt Österreich hinterher

In der Regel werden nur 55 Prozent des vorigen Nettoeinkommens als Arbeitslosengeld (ohne Ergänzungsbetrag und Familienzuschlag) für eine zeitlich begrenzte Bezugsdauer ausbezahlt. Im internationalen Vergleich hat Österreich damit eine der niedrigsten sogenannten Nettoersatzraten:

ÖSTERREICH UNTERSTÜTZT ARBEITSLÖSE ZU WENIG

Nettoersatzrate beim Arbeitslosengeld 2018



AK Grafik, Quelle: OECD, alleinstehende Person ohne Kinder mit einem vorigen Einkommen von 67 Prozent des Durchschnittslohns.



„Wenn das Corona-Virus eingedämmt ist, braucht es keinen Spar- und Kürzungskurs, sondern ein massives öffentliches Investitionsprogramm, etwa für die Ausstattung der Spitäler. Das schafft auch Arbeitsplätze.“



Dr. Johann Kalliauer
AK-PRÄSIDENT

Der Umgang mit der Corona-Krise hat gezeigt, wie wichtig das Sozialsystem und eine kluge Wirtschaftspolitik sind, weil auf `den Markt` – gerade in Krisen – kein Verlass ist. Lernen wir daraus für die Zukunft!

Impressum:

Medieninhaberin, Herausgeberin und Redaktion: Kammer für Arbeiter und Angestellte für Oberösterreich, Volksgartenstraße 40, 4020 Linz, Telefon: +43 (0)50 6906-0

Offenlegung gemäß § 25 Mediengesetz:

siehe <https://ooe.arbeiterkammer.at/impressum.htm>

ooe.arbeiterkammer.at

Eine Information der Arbeiterkammer Oberösterreich,

Abt. Wirtschafts-, Sozial- und Gesellschaftspolitik

Telefon: +43 (0)50 6906-2414, E-Mail: wsg@akooe.at